

Conrad Stiffler
SVP, neu



Der 45-jährige Unternehmer ist verlobt. Er gehört dem Vorstand des Handels- und Gewerbevereins Davos an und will, wie er sagt, frischen Wind in den Grossen Landrat bringen. Sein Ziel sind optimale Rahmenbedingungen für Handel und Gewerbe, um Arbeitsplätze zu sichern. Zudem will er konstruktiv an Lösungen mitarbeiten.

Christian Stricker
GLP, neu



50 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, so beschreibt sich der 50-jährige Agronom, der heute eine Firma im Bereich Tiergenetik besitzt. Er ist Grünliberaler der ersten Stunde und Mitinitiant der Davoser Hotelinitiative. Er sprach sich auch ausdrücklich für die Zweitwohnungsinitiative aus. In der Freizeit fischt er, spielt Unihockey und fährt Ski.

Christian Thomann
EVP, neu



Der 44-Jährige ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Nachdem er zuvor einen landwirtschaftlichen Betrieb führte, arbeitet er heute als technischer Mitarbeiter beim PMOD. Als Politiker möchte er die Entwicklung von Davos unterstützen und dem Potenzial Sorge tragen. Für das Gewerbe will er gute Rahmenbedingungen schaffen.

Philipp Wilhelm
SP, bisher



Der 1988 geborene Wilhelm ist der jüngste amtierende Grosse Landrat. Er ist Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und bezeichnet sich selber als geradlinig und integer. Der Architekt hat sich in der Vergangenheit für bezahlbaren Wohnraum eingesetzt. In der von ihm mitgegründeten «IG offenes Davos» bekleidet er eine Leitungsfunktion.

DSP Davos beschloss ihre Abstimmungsparolen

e | Kürzlich hielt die Demokratisch-Soziale Partei (DSP) Graubünden mit ihren Sektionen Davos und Chur ihre 25-Jahr-Jubiläumsversammlung in Thusis ab. Für die Volksabstimmung vom 17. Juni wurden die folgenden Parolen gefasst:

Kommunale Vorlagen

Sanierung haustechnische Anlagen und weitere bauliche Massnahmen Hallenbad: Zu dieser Vorlage wurde die Ja-Parole beschlossen. Das «eau-là-là» ist für die Davoser Bevölkerung und unsere Gäste im Sommer und im Winter sehr wichtig. Dies zeigen auch die unerwartet hohen Eintrittszahlen. Bei der Volksabstimmung von 2002 von 11,9 Millionen Franken wurde infolge Gefahr einer Volksablehnung auf weitere bekannte Schäden von 3 bis 4 Millionen Franken verzichtet. Diese würden nun mit der derzeitigen Vorlage von 3,3 Millionen Franken grösstenteils behoben und müssen unbedingt befürwortet werden. Unter «Varia» wurden die Behörden-Erneuerungswahlen besprochen sowie der fragliche Neubau beim Bahnhof Davos Dorf und der Hotel-Neubau «Derby».

Zudem die fragliche Ausnützung über die Kurzzone mit den zwei Eigentumswohnblöcken und Abbruch der Deutschen Klinik Valbella. Die DSP ist weiterhin massiv gegen die Aufhebung der Parkplätze entlang der Promenade sowie des Arkaden- und des Rathausparkplatzes.

Die SP sagt dreimal Nein

Die SP Davos hat am vergangenen Donnerstag im Hotel «Grischa» ihre Parolen für die Abstimmung vom 17. Juni gefasst. Die Genossen können sich mit keiner der drei nationalen Vorlagen identifizieren.

Managed Care: Weniger Leistungen zu höheren Kosten: In der Diskussion wurde schnell klar, dass die geplante Gesetzesänderung in erster Linie die Macht der Krankenkassen massiv ausbauen und zugleich die Patientinnen zur Kasse biten will: Wenn die eigene Hausärztin bzw. der eigene Hausarzt nicht Mitglied in einem Ärztenetzwerk ist, muss der Patient künftig 15 statt

wie bisher 10 Prozent Selbstbehalt zahlen und zwar bis zu einem maximalen Betrag von 1000 Franken (statt wie heute 700).

Wer diese Kosten nicht bezahlen kann, wird nicht mehr darüber mitbestimmen können, wer ihn behandelt. Ausserdem ist es möglich, dass einzelne Ärztenetzwerke Exklusivverträge mit einzelnen Anbietern (Pflegerheime, Spitäler usw.)

abschliessen können. Die SP Davos hat Zweiklassenmedizin schon immer abgelehnt und weicht auch hier nicht von ihrer Linie ab. Das Wichtigste ist, dass das Interesse der Patienten vor das der Kassen gestellt wird. In dieser Sache setzt die SP auf die Initiative zur Einführung der Einheitskrankenkasse, die kürzlich eingereicht wurde.

Auns-Initiative

Die Initiative «Staatsverträge vors Volk» der AUNS wurde von den anwesenden Mitgliedern ohne Gegenstimme ver-

worfen. Wichtige Verträge, wie der von der Auns befürchtete EU-Beitritt, müssen schon heute zur Abstimmung kommen.

In allen übrigen Fällen gibt es die Möglichkeit, das Referendum zu ergreifen, sollte ein Staatsvertrag nach Ansicht einer Partei nicht dem Volkswillen entsprechen. In den letzten 90 Jahren war der Unmut über einen Staatsvertrag nur in zehn Fällen so gross, dass vom Referendum Gebrauch gemacht wurde. Eine Regelung, die verlangt, dass sämtliche Verträge vor das Volk müssen, schafft nur eine unnötige

Bürokratisierung und ist deshalb abzulehnen.

Nein zur Bauspar-Zwängerei

Einstimmig lehnten die Anwesenden die zweite Bauspar-Initiative ab. Die aktuelle Vorlage ist noch problematischer als diejenige, die das Stimmvolk am 11. März klar verworfen hat. Denn diesmal müssen Bund und Kantone das Bausparen zwingend einführen, während die letzte Initiative den Kantonen diesen Entscheid offen liess. Profitieren werden nach wie vor die Fal-

schen, nämlich diejenigen, welche genug verdienen, um am Jahresende 10000 Franken, Familien gar 20000 Franken, auf die Seite legen zu können.

Hearing am 1. Juni

Am 1. Juni findet die ausserordentliche Mitgliederversammlung der SP Davos um 20 Uhr im Hotel «Grischa» statt. Anlässlich der Landammannwahlen werden sich Elisabeth Mani (BDP) und Tarzsius Caviezel (FDP) vorstellen und dem Publikum Rede und Antwort stehen.

Einfache Frage – einfache Antwort (8)

Am 17. Juni wählt Davos ein neues Parlament sowie einen neuen Landammann. Um Ihnen die beiden Landammann-Kandidaten Elisabeth Mani-Heldstab und Tarzsius Caviezel näher vorzustellen, beantworten die beiden Kandidierenden unter dem Titel «Einfache

Frage – einfache Antwort» in jeder Ausgabe bis am 12. Juni in der «Davoser Zeitung» eine spannende Frage.

Die heutige Frage lautet: Wo liegt allfälliges Sparpotenzial bei der Gemeinde?



Ich habe es schon in meiner ersten Antwort zu meinem wichtigsten Thema der kommenden Legislaturperiode erwähnt: Der Sparauftrag gilt immer. Keine Hausfrau kann mehr ausgeben, als es ihr Budget zulässt, und eine Unternehmung wird sich von Bereichen trennen müssen, wenn sie nicht kostendeckend sind. Eine Gemeinde ist meines Erachtens jedoch nicht mit einem Unternehmen vergleichbar, das sich einfach von Bereichen trennen kann, die nicht rentieren. Eine Gemeinde ist vielmehr eine Gemeinschaft von Menschen mit den vielfältigsten Anforderungen und Bedürfnissen, und viele Aufgaben, die die öffentliche Hand zu erfüllen hat, werden niemals kostendeckend sein. Denken wir an den Gesundheits- und Sozialbereich,

hier wären Abstriche für die Betroffenen sehr schmerzhaft und nicht verantwortbar. Trotzdem muss immer wieder gut hingeschaut werden, und die Gemeinde Davos hat im vergangenen Jahr dank einem massiven Verzichtsprogramm rund fünf Millionen Franken eingespart. Wenn es aus meiner Sicht Bereiche gibt, die noch Sparpotenzial beinhalten, dann liegen sie dort, wo man zusammenführen kann, was zusammengehört. Dabei denke ich an die Zusammenlegung der sechs bestehenden Werkhöfe zu einem gemeinsamen. Sparen kann man sicherlich auch im administrativen Bereich. Hier sollen Synergien untereinander so effizient wie möglich genutzt werden, und verkürzte Arbeitsabläufe zahlen sich längerfristig immer aus. Weitere sinnvolle Steuerungsinstrumente sind aus meiner Sicht die Einführung von Globalbudgets für einzelne Gemeindebetriebe (Forst, Schule).



Grundsätzlich gibt es in jedem Betrieb immer Sparpotenzial, sei dies bei einer Unternehmung oder einer Gemeinde. Mit ihrem Sparprogramm hat die Gemeinde Davos aber bereits nachhaltige Einsparungen von rund fünf Millionen gemacht. Deshalb liegt das zusätzliche Potenzial nicht mehr in Millionenbeträgen, ausser man ist gleichzeitig bereit, einen massiven Leistungsabbau in Kauf zu nehmen. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass wir den Spardruck aufrechterhalten und wachsam bleiben. Meines Erachtens gibt es noch Potenzial in der Strukturverbesserung. Ich bin mir aber bewusst, dass dies im Zuge der Sparbemühungen teilweise bereits umgesetzt wurde. Generell ist es angebracht, die Situation periodisch

zu überprüfen und Synergien wo immer möglich zu nutzen. Dabei denke ich unter anderem an die Standortfrage bei den Werkhöfen. Wie bereits in einer früheren Frage erwähnt, müssen wir zudem auf der Einnahmenseite mindestens so intensiv und kreativ arbeiten wie bei den Ausgaben. Nach der Annahme der Zweitwohnungsinitiative wird uns beispielsweise das Thema einer Zweitwohnungssteuer mit Sicherheit wieder beschäftigen.